

Bezugsgeschäfte
Werbeblätter für Geschäfte bei täglich zweimaliger Ausgabe am Sonn- und Montagmorgen nur einmal 2,50 RM., durch ausdrückliche Ausschreibung 3,50 RM.
Bei einmaliger Ausgabe durch die Zeitung 2,50 RM., ohne Beitragsab-
gabe den Beträgen von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zu getrennter Abrechnung
ertheilten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen angeföhrt. Nachtrag nur mit beschränkter Quittungsgabe (Bestell-Nr.) zu-
lässig. — Unterlagen bestätigt werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepisch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Dreiring-Cacao.

Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Anzeigen-Ort
Annahme von Anzeigen bis morgens 10 Uhr. Samstag nur Montagsfrage ab 11 bis 12 Uhr. Die einzige Ausgabe ist ab 8 Uhr. Familien-Notizen aus Dresden ab 10 Uhr. Geschäfts-Anzeigen mit der Preisliste ab 10 Uhr. Die wöchentliche Zeitung ab 10 Uhr. — In Zusammenhang mit dem Zeitungsaufdruck sind die entsprechenden Werbeblätter, wie z. B. Praktische Notizen, ausgestellt. — Die Ausgaben sind nur gegen Bezahlung abzugeben. — Der Zeitungsaufdruck kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle:
Marktstraße 38/40.

Smyrna-Teppich-Fabrik
F. Louis Beilich, Königl. Hoflieferant, Meissen.
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate.
Handarbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen.

Zacherlin

aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Straße 10
Hochzeits-Geschenke...
Geschmackvoll • Künstlerisch • Preiswert.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten. **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.

Hermann Pörschel
Scheffelstraße 19/21 (Kleines Haus).

Für eisige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, sehr veränderlich.

Der Verein Dresdner Presse begeht heute die Feier seines 25jährigen Bestehens.

Der 1. Deutsche Blindentag findet vom 2. bis 4. Juni in Dresden statt.

Reichskanzler Fürst Bülow vollendet morgen sein 60. Lebensjahr.

Die Nord. Allg. Ztg. äußert sich zu den Arbeiten der Finanzkommission des Reichstages: Die Lage ist bitter ernst, die Reform muss jetzt erledigt werden.

Die nationalliberalen Abgeordneten Dr. Jund, Lind, Detto und Neumer haben in der Verfassungskommission des Reichstages Anträge betr. die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers eingereicht.

Die Große Berliner Kunstaustellung ist gestern eröffnet worden.

Die 81. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte findet vom 19. bis 25. September d. J. in Salzburg statt.

Reichsfinanzreform und innere Lage.

Wir stehen mitten in einer kritischen Situation, die so verlaufen ist, dass man sogar schon von Reichstags-Auslösung bzw. vom Rücktritt des Kanzlers spricht. In der Tat ist schwer abzusehen, wie man ohne einen scharfen Eingriff dieser oder jener Art aus dem bedauerlichen Chaos herauskommen soll. Der Kampf um die Erbschaftsteuer hat jetzt einen Höhepunkt erreicht, wo die Entscheidung unvermeidlich scheint. Konservative und Zentrum wollen die von der Regierung vorge schlagene Erbschaftsteuer durch die Wertzuwachssteuer ersetzt wissen, wogegen die anderen Parteien sie höchstens neben der Erbschaftsteuer als Ergänzung haben möchten. Für ein solches Kompromiss wäre eventuell auch der Reichshofsekretär zu haben, wenngleich sowohl die Wertzuwachssteuer auf Immobilien in Frage kommt; er hat in der Finanzkommission erklärt, dass er bereit wäre, in die Vorbereitungen für eine Steuer auf Grund und Boden einzutreten, wogegen er eine derartige Steuer auf Konjunkturgewinn von Wertpapieren rundweg ablehnen müsse. Hier wäre also ein Kompromisskammer der Verständigung zwischen den Blödparteien gegeben, aber er ist zurzeit noch sehr schwach, weil der weitere Ausschuss (der Ausschuss) der konservativen Partei am Freitag den Beschluss angenommen hat, an der vollen Beseitigung der Erbschaftsteuer nach wie vor festzuhalten und dafür die Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Mobilien als Erlass zu fordern. Diese Resolution, die unter Umständen die verhängnisvollen Wirkungen auf die weitere Entwicklung unserer inneren Reichspolitik ausüben kann, ist jedoch nicht einstimmig gefaßt worden und es ist erfreulich zu hören, dass die sächsischen Konservativen, die in Sachen der Reichsfinanzreform von jeher auf der hohen Warte nationaler Einigkeit gehalten haben, in der Opposition gewesen sind getreue ihren bisherigen Beschlüssen. Auch in weiteren Kreisen der konservativen Partei im Reiche ist man mit der Haltung der Reichstagsfraktion wenig einverstanden, denn man sieht die Gefahren, die hier drohen, zu deutlich. Wenn nicht bald eine Einigung im Blod erzielt wird, so treiben wir sicher wieder in die schwacken Zeiten der alten Zentrums herrschaft zurück. Da Fürst Bülow sich hierauf begreiflicherweise nicht einlassen kann (wäre doch eine Durchführung der Finanzreform unter der Regie des Zentrums eine schwere Demütigung für ihn), so bleibt, wenn nicht noch in abwälter Stunde ein Ausweg gefunden wird, nur die Alternative übrig: entweder sein Rücktritt vom Amt oder Reichstagsauflösung. Beides wäre gleich schlimm, denn Fürst Bülow ist, was immer man auch gegen ihn einwenden mög., nicht so leicht zu erschaffen, und zum anderen ist leider kaum anzunehmen, dass bei einer Reichstagsauflösung der nächste Reichstag besser sein würde, als der jetzige. Es muß also alles aufgeboten werden, um eine innerpolitische Katastrophe zu vermeiden, aus der nur das Zentrum, die Sozialdemokraten und Polen ihren Vorteil ziehen würden.

Die Voraussetzung hierzu wäre ein allseitiges Einigkommen! Die Dinge liegen heilebe nicht so, wie es oft tendenziös hingekettet wird, dass die Konservativen allein die Schuld tragen und deshalb auch allein Verantwortlichkeit befunden müssten. Die Blödparteien

der Linken tragen mindestens ein ebensohnes Maß von Verantwortung für die jetzige kritische Situation. Auch die Regierung kann ihre Hände nicht in Unschuld waschen, denn es ist intra et extra muros gesündigt worden. Das gegenseitige Anklagen nützt aber nichts, sondern verbittert die Stimmung nur noch mehr. Eine Tat muss geschehen, und zwar sofort! Von den Konservativen muss verlangt werden, dass sie im höheren nationalen Interesse wenigstens so weit zurücktreten, dass der Kompromissvorschlag der Wirtschaftlichen Vereinigung, wie in der Kommission, so auch im Plenum zur Annahme gelangen kann. Dieser befürwortet ebenfalls die Reichsverzinsungssteuer, aber nicht, wie die Konservativen wollen, als Erlass, sondern nur als Ergänzung der Erbschaftsteuer. Es bliebe dann noch immer der Kampf darüber, wieviel aus der Erbschaftsteuer und wieviel aus der Wertzuwachssteuer an Steuererträgen gezogen werden soll. Auch die Lösung dieser Frage wird manche Schwierigkeiten verursachen, um so mehr, als die Regierung die Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere & Kino abgelehnt hat. Aber es wäre doch ein Ausweg gegeben, der die Steitung aus dem heutigen Chaos erleichtern kann, wenn auch die Überalen und Kreislinien das nötige Entgegenkommen zeigen. Man sägt erfreulicherweise jetzt auch auf dieser Seite an, an die eigene Brust zu schlagen, statt immerfort nur Solitärerstreit den Konservativen gegenüber zu treiben. Ein stramm liberale Blatt in Süddeutschland richtet an die Parteigenossen folgende Mahnung: „Es hilft gar nichts, wenn nationalliberale Blätter jede täglich zweimal lammern; der Blod ist tot und die Konservativen haben ihn auf dem Gewissen!“ Mit diesen Klagen voll Entrüstung macht man nur dem Zentrum, das schon nach dem Kranz des Siegers greift, das größte Veranlassen. Nicht heißt es handeln, und die Liberalen können die Situation retten, wenn sie in der Besteuerung des Spiritus den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Es war der erste verhängnisvolle Schlag, als die Kreislinien das Monopol abschneiden halfen. Dieser Schlag vom Wege hat dannrettungslos weiter in das Labyrinth geführt, in dessen Mitte das Zentrum als Minotaurus sitzt, der das Opfer des Blods und des Reichskanzlers verlangt. Ob es möglich ist, sich jetzt noch aus diesen Krägen zur Regierungsvorlage über die Brannweinsteuer zurückzufinden, lassen wir dahingestellt, obwohl tatsächlich in der Bevölkerung wie bei den Interessen das Zwischenhandelsmonopol jetzt vielfach als das kleinere Übel betrachtet wird. Aber es würde wenig politischen Sinn und deshalb mehr Gefangenheit in Schlagwörtern verraten, wenn die Überalen nicht zu einer Schlüsselung der Verständigung mit den Konservativen über die Brannweinsteuer die Hand biegen wollten, um damit der Erbschaftsteuer die Wege zu bahnen und einen Triumph der Zentrumspartei zu verhindern, der den Liberalismus auf lange Zeit in Deutschland in den Winkel des Einschlusses und Totenlosigkeit versetzen würde...“ Wenn die ganze Linie des Reichstagsblods im Sinne dieser überaus verständigen Ausführungen denken und danach handeln würde, wäre die Situation sicherlich noch zu retten, denn die Konservativen werden kaum auf ihrem intransigenten Standpunkte bezüglich der Erbschaftsteuer beharren, wenn ihnen die Hand zu verhülflichem Ausgleich von der Linken dargeboten wird. Man mache nur den ehrlichen Versuch: er wird gelingen, aber Eile tut not!

Der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist klar zu übersehen. In voller Einigkeit halten sie an der Notwendigkeit einer Erbschaftsteuer als der besten Form einer Besteuerung fest. Um den Konservativen entgegenzukommen, ist man auch nicht abgeneigt, eventuell auf eine Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden zu kommen. Darüber hinaus jedoch gibt es kein Votieren, und wir glauben eher, dass der Reichstag gegebenenfalls aufgelöst wird, als dass der Kanzler zurücktritt. Was sollte denn mit seiner Amtsüberlegung erreicht werden? An den Grundzügen der Regierungsvorlage kann nicht gerüttelt werden, ohne dass das ganze Gebäude zusammenfällt und die Reichsfinanzreform ad calendas graecas vertagt wird. Die verbündeten Regierungen sind in dem Kampfe der letzten Monate und Wochen hart geworden, und diejenigen läufern sich schwer, die auf ein Zurückweichen in den Prinzipien spekulieren. Zu diesen Prinzipien gehört die Kombination von direkten und indirekten Steuern und das angemessene Verhältnis zwischen beiden derart, dass etwa ein Viertel an direkten und drei Viertel an indirekten

Steuern aufgebracht werden soll. Es ist jetzt an den Blödparteien, endlich den oft versicherten „guten Willen“ in die Tat umzusetzen und sich gegenseitig und mit der Regierung zu einigen. Wo nicht, so ist eine innerpolitische Katastrophe unvermeidlich, und die Parteien müssen sich vorsehen, dass sie im Falle einer Entscheidung hart auf hart nicht schwere Einbuße an ihren eigenen Interessen erleiden. Darum noch einmal: nur schnelles Handeln und aufrichtiges Entgegenkommen können uns aus der kritischen Situation retten. In diesem Sinne geben wir die Hoffnung nicht auf, trotz aller Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. . . .

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt in ihren „Blättern“ zu den Arbeiten der Finanzkommission des Reichstages:

„Die Beratung und Beendigung hat nur das eine Resultat gezeigt, dass es unmöglich ist, an Stelle der Erbschaftsteuerung auf Kinder und Ehegatten einen entsprechenden Erlass zu schaffen. Es ist zu verstehen, dass diejenigen, die einer solchen Steuer widerstreben, den Versuch machen, einen Erlass für sie zu finden. Dieser Versuch ist gescheitert. Was die verbündeten Regierungen am Anfang befohlen hatten, dass es unmöglich wäre, im Rahmen der Bundesstaaten für das Reich eine andere allgemeine Steuer auf den Besitz zu finden als die Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten, hat sich als richtig herausgestellt. Damit ist zugleich die absolute Notwendigkeit gegeben, diese Steuer selbst festzuhalten und sie, aller Schwierigkeiten und Widerstände ungeachtet, zur Annahme zu bringen. Die Lage ist bitter ernst. Die Finanzreform, die eine vom deutschen Volke mit grösster Enthusiasmus geforderte unauslösbare Notwendigkeit bedeutet, ist trotz immer wiederholter Ansätze und Versuche während der letzten sechs Monate im Parlement nicht weiter gekommen. Im ganzen genommen sind wir nicht wesentlich weiter als Anfang November. Der Sommer steht vor der Tür, die Reform muss jetzt erledigt werden. Das Volk verlangt es vom Reichstag. Das Ausland blickt mit Spannung auf uns. Die alsbaldige Erledigung ist zur nationalen Ehre geworden. Entzieht sich die Mehrheit des Reichstages dieser Aufgabe, so sind die Folgen unberechenbar.“

Aus der Finanzkommission des Reichstages.
(Ausführlicher Bericht.)

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Finanzkommission des Reichstages stand heute endlich die Abstimmung. Zunächst wurde der Antrag der Sozialdemokraten, Brannweinsteuer in Abstimmung gestellt: Reichsvermögens- und Reichseinkommenssteuer als Erlass für die indirekten Steuern. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Dann kam der Antrag der Reichspartei als Eventualantrag, an dem Antrag Dietrich zur Abstimmung. Er will in dem Antrag der Konservativen die Bezeichnung der Wertzuwachssteuer als Erlasssteuer für die Erbschaftsteuer beibehalten. Diese Anregung wurde gegen Kreislinien und Nationalliberalen abgelehnt. Für den Hauptantrag, den Antrag Dietrich, stimmten die vier Konservativen, acht Zentrumsmitglieder und zwei Polen, zusammen 14, dagegen die 11 Mitglieder aller anderen Parteien. Der Antrag war mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Dann kam der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Abstimmung, der eine Resolution darstellt. Der erste Teil, der die verbündeten Regierungen zur unverzüglichen Ausarbeitung einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien auffordert, wurde einstimmig angenommen. Der zweite Teil, der sie auffordert, in Ermäßigungen darüber einzutreten, wie zum Ausgleich der Grundbesitz belastenden Wertzuwachssteuer eine entsprechende Belastung des Grundbesitzes an beweglichem Kapitalvermögen erfolgen könne, wurde gegen die Stimmen der Kreislinien angenommen. Von dem Antrag der Kreislinien wurde der erste Teil, der die Ausarbeitung einer Erbschaftsteuervorlage fordert, mit Stimmenmehrheit abgelehnt, mit denselben Stimmenverhältnissen wie der Antrag der Konservativen. Der zweite Teil, der die progressive Vermögenssteuer fordert, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten mit den Kreislinien die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten. Zuletzt wurde über den nationalliberalen Antrag abgestimmt, der mit Stimmenmehrheit, dasselbe Stimmenverhältnis wie vorher, abgelehnt wurde. Nach langerer Geschäftsaufnahme wurde beschlossen, die angenommene Resolution nicht direkt ans Plenum zu geben, sondern das Vorgehen der verbündeten Regierungen abzuwarten. Zum Berichterstatter wurde Abg. Baab (Wirtl. Verw.). Der Abg. Dr. Weber (Sozal.) und Dr. Biemann (Kreis. Volksgr.) erklärten, dass sie angesichts der veränderten politischen Situation zunächst erneute Instrumentationen ihrer Fraktionen einholen müssten. Abg. Evañ (Zent.) meinte, das Brannweinsteuerkompromiss sei in Geltung, eine Sicherung, die allgemeine Heiterkeit erwarte. Am Dienstag wird die Brannweinsteuervorlage weiter beraten. Aus den der Abstimmung vorangegangenen Verhandlungen ist noch mitzutellen, dass Abg. Horold (Zent.) in längerer Rede für den konservativen Antrag eintrat. Es bemerkte u. a., dem Zentrum könne die Reichstagsauflösung recht sein. Es werde verhört wiederkehren. Auch

Schriftsteller am Ende